

US-Gewerkschaften im Umbruch

Vor einem Jahr feierten amerikanische Gewerkschafter den erfolgreichen Streik der *Teamsters*-Transportarbeiter gegen den Paketzusteller UPS als Symbol der Wiederbelebung der Arbeiterbewegung. Vergangenen Herbst brachten die Gewerkschaften Clintons *Fast-Track*-Freihandelsgesetz zu Fall. Die Wähler von Kalifornien sprachen sich vor kurzem gegen ein hart umkämpftes gewerkschaftsfeindliches Volksbegehren aus. Und im Juni und Juli haben militante Arbeiter den weltgrößten Autohersteller General Motors mit einem achtwöchigen Streit lahmgelegt. Auch Zweifler geben inzwischen zu: Es tut sich etwas bei den amerikanischen Gewerkschaften.

Fast könnte man sagen, daß in den USA in Abwesenheit einer linken Bewegung die Gewerkschaften noch am ehesten organisierten Widerstand gegen das neoliberale Modell zum Ausdruck bringen. In den Gewerkschaften sei man zunehmend zu einer „grundsätzlichen“ Kritik des Wirtschaftssystems bereit, erklärte kürzlich Bill Fletcher, der Ausbildungsdirektor (*education director*) des nationalen Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO. An der Basis bemerke er auch eine „fortschrittliche Strömung“. Amerika befinde sich in einer „Übergangsperiode“. Wenn die Gewerkschaften jetzt nicht mitgestalteten, werde das Fenster der Gelegenheit zu fallen und möglicherweise lange nicht mehr aufzukriegen sein.

Jammern und Wehklagen

Wer in den USA über die moderne Gewerkschaftsgeschichte schreibt, könnte in Jammern und Wehklagen biblischen Ausmaßes versinken. Sind doch der

AFL-CIO und die meisten Mitgliedsge-
werkschaften bis vor kurzem immer tiefer in den Sumpf der Bedeutungslosigkeit gerutscht. Die langjährigen Präsidenten George Meany und Lane Kirkland, gestandene Kalte Krieger, haben wohl mehr für (antikommunistische) Gewerkschaften im Ausland getan als für amerikanische. Trotz der seit zwanzig Jahren fallenden Reallöhne begnügte man sich, „Partner“ der Unternehmen zu sein und ein Dienstleistungsbetrieb für die Arbeiter, dessen Direktoren – die Gewerkschaftsfunktionäre – sechsstellige Gehälter bezogen. Mitte der 50er Jahre war ein Drittel der amerikanischen Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert gewesen, zu Beginn der 80er Jahre 23%, heute sind es knapp 15%.

Seit Oktober 1995, als Tom Sweeney von der Service-Industrie-Gewerkschaft (SEIU) zum AFL-CIO-Präsidenten gewählt wurde, weht ein frischer Wind. Die SEIU galt wegen ihrer aggressiven Kampagnen für Gebäudereiniger („Justice for Janitors“) als Modell, wie es anders gemacht werden kann. Sie hatte ihre Mitgliederzahl unter Sweeney fast verdoppelt. Sweeney brachte ein neues Führungsteam in den AFL-CIO, u.a. den militanten Bergarbeiterpräsidenten Rich Trumka und Linda Chavez-Thompson, die Präsidentin der Gewerkschaft der Regierungsangestellten.

Im AFL-CIO-Magazin „America@Work“ findet man heute vermehrt Fotos von Frauen und Angehörigen verschiedener Minoritäten. Früher war Gewerkschaftsarbeit Männersache gewesen. „Zum ersten Mal entsprechen unsere Komitees jetzt der Basis“, sagt zum Beispiel Roy Acuff, der Präsident des jetzt „multinationalen“ Gewerkschaftsrates von Atlanta. „Weiße Männer besitzen nicht mehr die Kontrolle“. Der „neue“ AFL-CIO paßt sich dem veränderten Arbeitsmarkt an; vorbei sind die Zeiten, als nur Stahlarbeiter und die Schwerindustrie die Fahnen der Arbeiterbewegung getragen haben. Etwa 70% der amerikanischen Arbeiter und Angestellten sind jetzt im Dienstleistungsbereich

tätig, verglichen mit 50% vor vierzig Jahren, manche in hochbezahlten High Tech-Stellen, die meisten aber in schlecht bezahlten Jobs, die vor allem von Minoritäten und Frauen gemacht werden – Verkäuferinnen, Büroangestellte, Altenpflegerinnen, Kindergärtnerinnen, Verpacker und Auslieferer.

Während viele Mitgliedsgewerkschaften noch immer recht träge sind, bringen Sweeneys Rekrutierungsappelle, verbunden mit entsprechenden Finanzspritzen, erste Erfolge. 1997 haben die Einzelgewerkschaften 400 000 neue Mitglieder gewonnen, doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Besonders vielversprechend sind regionale Kampagnen, bei denen zum Beispiel im boomenden Las Vegas die gesamte Bauindustrie (und nicht nur einzelne Firmen) organisiert wird. Gemanagt werden diese Kampagnen von örtlichen *central labor councils* (Zentralräte der Gewerkschaften), die vielerorts ein Schattendasein geführt hatten. Oft tun sich die Gewerkschaften jetzt mit Bürgerorganisationen zusammen – früher wäre das kaum vorstellbar gewesen.

Die müden Jahrzehnte unter Meany und Kirkland machen sich aber noch heute bemerkbar. Es fehle an erfahrenen Aktivisten, die „rekrutieren und führen“ könnten, erklärte ein Vertreter der Gewerkschaft Öl, Chemie und Atom gegenüber dem Magazin „In These Times“. Und selbst die 400 000 waren nicht genug, um Mitgliederverluste durch Austritte und Pensionierungen wettzumachen.

Gewinnen und doch nicht ganz

Beim kürzlichen Streik der *United Auto Workers* gegen General Motors hat sich gezeigt, daß Erfolge aufgrund veränderter Wirtschaftsbedingungen nicht mehr so eindeutig ausfallen, wie man es gerne hätte. Der Streik hatte Anfang Juni begonnen, als 3 400 Arbeiter des Metal Center in Flint (US-Bundesstaat Michigan) und 5 800 beim Delphi-East-Werk der

GM-Tochter *Delphi Automotive Systems* aus Protest gegen geplante Entlassungen die Arbeit niederlegten. GM hatte sein Versprechen nicht eingehalten, das Metal Center zu modernisieren; dort und in Delphi East befürchteten die Arbeiter Entlassungen. Der UAW ging es bei dem Streik um die Frage, ob in der globalisierten Welt der Autoproduktion noch Platz ist für US-amerikanische Arbeiter. Ohne das Karosserieblech und die Motorenteile aus Flint mußten 27 der 29 nordamerikanischen GM-Werke die Tore schließen.

US-Autofirmen haben in den letzten Jahrzehnten ihre Belegschaften drastisch reduziert. Die Rationalisierungsmaßnahmen, die allerdings oft mit Zustimmung der UAW stattfanden – nach dem Motto: Wenn wir schneller arbeiten, sichern wir unsere Jobs – kosteten viele Arbeitsplätze. GM hat in den letzten 25 Jahren mehr als die Hälfte der Stellen gestrichen. Viele Jobs wurden auch exportiert. Wie die gewerkschaftsnahe Journalistin Jane Slaughter schrieb, will GM nach firmeninternen Dokumenten bis zum Jahr 2006 seine Autoproduktion in Mexiko von 300 000 auf 607 000 erhöhen. Die mexikanischen Kollegen verdienen einen oder zwei Dollar pro Stunde, die US-amerikanischen zwanzig.

Obwohl Wall-Street-Experten und Wirtschaftspresse verärgert sind, daß GM wegen des 2,5 Mrd. Dollar teuren Streiks angeblich dringend erforderliche Personalkürzungen nicht durchsetzen konnte, haben die *United Auto Workers* nicht sonderlich viel gewonnen, und eigentlich den „Endkampf“ nur vertagt. GM hat lediglich versprochen, Delphi-East frühestens im Jahr 2000 zu schließen und bis dahin die Belegschaft durch Pensionierung und „freiwillige“ Kündigungen um maximal 800 zu reduzieren. Im Flint Metal Center dürfen die Arbeiter weiterhin frühzeitig nach Hause gehen, wenn sie das geforderte Arbeitspensum erreicht haben. Allerdings werden die Produktionsquoten um 15% erhöht, zum Teil dank der nun doch geplanten Modernisierung. Doch kaum liefen die Fließbänder wieder, kam GM mit

einem neuen Hammer: Man wolle Delphi Automotive Systems nächstes Jahr verkaufen, hieß es plötzlich.

Selbst der „eindeutige“ Streikerfolg der Teamsters gegen United Parcel Service sieht ein Jahr danach nicht so gut aus. Eigentlich hatten die Teamsters unter ihrem Präsidenten Ron Carey haushoch gewonnen: UPS verpflichtete sich, Tausende neue Vollzeitjobs zu schaffen und die Löhne zu erhöhen. Statt dessen hat UPS seitdem aber 11000 Stellen gestrichen. Der Streik habe dem Geschäft derart geschadet, daß UPS keine neuen Leute brauche, behauptet die Firmenleitung. Und die Teamsters stecken so tief in einer Krise – ein Überwachungsanschuß hat Carey wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten abgesetzt –, daß an Widerstand nicht zu denken ist. Bei den nächsten Präsidentschaftswahlen hat Careys alter Rivale James Hoffa, ein Mann der alten Garde, der nicht viel von Sweeneys Erneuerungen hält, gute Chancen.

Hoffen und organisieren

Der revitalisierte AFL-CIO sieht sich mit einer Welt konfrontiert, in der es schwieriger geworden ist, Arbeiter zu organisieren. Die Konzerne gehen immer mehr mit dem Ellenbogen vor, wenn Gewerkschaftsaktivisten auftauchen. Nach einer Studie der Arbeitshistorikerin Kate Bronfenbrenner hat sich die Zahl der Arbeitgeber, die bei Organisationsversuchen „fünf oder mehr“ antigewerkschaftliche Taktiken einsetzen (Entlassung der Organisatoren, Einsatz von Spionen, usw.) seit 1986 verdoppelt. In einem Bericht über die Auswirkungen des Freihandelsabkommens NAFTA hat Bronfenbrenner auch 500 Fälle untersucht, bei denen sich Gewerkschaften auf Betriebsebene konstituieren wollten. 62% der Arbeitgeber in „beweglichen“ Firmen hätten gedroht, sie würden die Werke schließen und verlegen, wenn die Gewerkschaft käme. Nur in einem Drittel dieser Werke hätten die Gewerk-

schaften gewonnen, verglichen mit Gewerkschaftssiegen in 47% der Firmen, die nicht mit Verlegung gedroht hätten.

An der Wall Street ist man offensichtlich besorgt über die Wiederbelebung der Gewerkschaften, sind doch die stagnierenden Löhne ein Hauptgrund für die Riesenprofite der letzten Jahre. Immer wieder warnt die US-Bundesbank vor steigenden Lohnkosten, und das „Wall Street Journal“ hetzt bei jeder Gelegenheit gegen den „übermäßigen Einfluß“ der Gewerkschaften auf die amerikanische Politik, obwohl Unternehmen bei den Wahlen von 1996 sieben mal so viel gespendet haben wie die Gewerkschaften. Rechte Republikaner veranstalten Hearings über angebliche Korruption bei den Teamsters und im AFL-CIO. Die Rechten versuchen jetzt, die Gewerkschaften mit dem *Payroll Protection Act* (Lohnschutzgesetz) zu schwächen. Dieses Gesetz (das bei der Volksabstimmung in Kalifornien dank energischem Gewerkschaftseinsatz abgelehnt wurde) würde es Gewerkschaften verbieten, Beiträge ohne schriftliche Genehmigung einzelner Mitglieder „für politische Zwecke“ zu verwenden.

So ist die Kristallkugel trübe, was die Zukunft der Gewerkschaften angeht. Langfristiger Erfolg – stabile Löhne, relativ sichere Stellen, menschliche Arbeitsbedingungen – ist nur vorstellbar, wenn es gelingt, Arbeits- und Wirtschaftsmodelle zu entwickeln, die über den Kampf für den eigenen Arbeitsplatz hinausgehen. Isoliert können das die Gewerkschaften allerdings nicht leisten. Und da fühlt man das Fehlen einer politischen Opposition besonders stark. In Europa schaffen linke Parteien Rahmenbedingungen für die Arbeit der Gewerkschaften. In den USA wird die politische Diskussion über das, was angeblich möglich ist, hauptsächlich von den Neoliberalen gestaltet, und von einer Demokratischen Partei, die nur vorgibt, die Partei der Arbeiter und der unteren Einkommensgruppen zu sein. Die Karten sind nicht gut verteilt.

Konrad Ege